

Redebeitrag zur Staffelübergabe von "Frieden geht!" in Bad Hersfeld am Sonntag, 27. Mai 2018

**"Die Kriegsgefahr soll abgenommen haben!
Ökonomisch mordet es sich einfacher."**

Einen Aufkleber mit diesen Worten habe ich mal mitgebracht. Solche Aufkleber wurden vor einiger Zeit gern auf Demonstrationen verteilt.

Mittlerweile weiß ich nicht, ob sie noch sehr beliebt sind. Denn ich denke, dass der Zeitgeist ein anderer geworden ist. Heute ist die Kriegsgefahr wieder größer geworden als noch vor einigen Jahren.

Ich denke da vor allem an die 90er Jahre: Da war der Kalte Krieg beendet und - auch wenn es natürlich in den 90ern durchaus bewaffnete Konflikte gab - hatte man doch den Eindruck, dass die Weltgemeinschaft zumindest in die richtige Richtung geht. Im Großen und Ganzen war eher von Abrüstung die Rede und die Staaten rückten näher zusammen. Denken wir an die Europäische Gemeinschaft als Zusammenschluss von benachbarten, in vielen Belangen gleich gesinnten Staaten: Auch hier stand das Zusammenwachsen Europas im Vordergrund und nicht der Aufbau eines Militärbündnisses. Das Schengener Abkommen ermöglicht uns das Reisen in unsere Nachbarstaaten ohne Grenzkontrollen. Und seit 2002 brauchen wir das lästige Geldwechseln oder Währungsrechnen bei vielen Urlaubsreisen nicht mehr.

Während man zur Jahrtausendwende die Hoffnung haben konnte, dass die Welt eines Tages friedlich sein würde, rückt diese Hoffnung zur Zeit in immer weitere Ferne. Ganz abgesehen von den vielen Konflikten, die in der jüngeren Vergangenheit eskaliert oder entstanden sind und bewaffnet ausgetragen werden, hat sich meines Erachtens auch die Rhetorik der Politiker weltweit besorgniserregend verändert:

Es gab Zeiten, in denen eine politische Ansprache vom Leitgedanken des Friedens geprägt sein musste. Eine militärische Auseinandersetzung war verpönt. Und selbst wenn ein Politiker eine militärische Auseinandersetzung für erforderlich hielt, so bot ihm doch der öffentliche Druck, zunächst - zumindest vordergründig - friedliche Lösungen anzustreben.

Doch diese Zeiten sind vorbei - leider. Heute ist es an der Tagesordnung, dass Politiker Militäreinsätze vorschlagen, ohne dass die Gesellschaft oder die Presse sich empören. Es scheint, als wäre der Krieg wieder ein gewöhnliches außenpolitisches Mittel zur Durchsetzung von Interessen. Eigentlich glaubte man irgendwann im 19. Jahrhundert schon einmal, dass diese Art von Politik der Vergangenheit angehöre; dass die Menschheit sich weiter entwickelt hätte.

Während man im letzten Jahrhundert unter dem Eindruck zweier Weltkriege große Anstrengungen unternommen hat, kriegerischen Auseinandersetzungen vorzubeugen, werden diese Errungenschaften aktuell immer weiter aufgeweicht. Und dabei empören sich leider nur wenige:

Es werden heute Kriege geführt, ohne den Krieg überhaupt als solchen zu erklären.

Abgesehen von der ideologischen Fragwürdigkeit eines Kriegsrechts - müsste man ohne Kriegserklärung nicht jeden Todesfall als Tötungsdelikt verfolgen?

Ein Staat kann heute ohne UN-Resolution Angriffe auf Gebieten anderer Staaten durchführen. Ich frage mich, wie sich das mit dem Völkerrecht vereinigen lässt. Trotzdem werden solche Aktionen international aber auch in der Presse nicht eindeutig und scharf verurteilt. Vielmehr beteiligen sich unter dem Eindruck geschickt aufgebauter

Feindbilder sogar einzelne sogenannte zivilisierte Staaten daran. Und in Deutschland wird diskutiert, ob man sich hätte beteiligen sollen.

Mit dem Ziel, dass nie wieder von Deutschland ein Krieg ausgehe, hat man das Grundgesetz geschrieben. Und eigentlich sollten wir stolz auf die Werte sein, die das Grundgesetz für unser Land festschreibt. Doch auch hier wurde unter dem Eindruck neu aufgebauter Feindbilder wie dem Terrorismus vieles aufgeweicht. Selbst das Bundesverfassungsgericht sieht mittlerweile im Einsatz der Bundeswehr im fernen Ausland keinen Verstoß mehr.

Dabei sollte jeder zivilisierte Mensch wissen, dass man Konflikte nicht gewaltsam löst. Das bringen wir unseren Kindern schon im Kindergarten bei. Doch sobald die Kinder erwachsen werden, bezeichnen wir die Menschen, die ihre Werte beibehalten haben, als naiv.

Doch wir stehen, laufen und radeln heute hier, weil wir unsere Werte beibehalten haben. Vielleicht sind wir naiv? Vielleicht sind wir aber auch nur nicht primitiv.

Denn der intelligente Mensch erkennt mühelos: Gewaltsame Konflikte führen natürlich nicht zu Frieden und auch nicht zu Gerechtigkeit. Selbst wenn eine große Militärmacht einen Krieg gewinnt, so schürt sie auf Dauer nur den Hass auf der anderen Seite des Konflikts.

Und auch gegen die große Bedrohung unserer Zeit, den Terrorismus, nutzt das Militär reichlich wenig. Terroristen wird es immer möglich sein, viele Menschen in einer Großstadt zu töten, wenn sie dafür ihr eigenes Leben opfern. Da nutzen keine Panzer, keine Kampfflugzeuge und keine Soldaten. Denn bis das alles vor Ort ist, ist der Anschlag längst geschehen.

Gegen Terrorismus nutzt nur die Völkerverständigung; der Abbau von Ungleichheiten. Man muss die Ursachen des Hasses angehen anstatt immer weiter die Gewaltspirale anzutreiben.

Mahatma Gandhi hat einmal gesagt:

"Es gibt keinen Weg zum Frieden, der Friede ist der Weg."

Um danach zu handeln und von Deutschland keinen Krieg ausgehen zu lassen, sollten wir weiter aktiv sein und die Öffentlichkeit und somit auch die Politik immer wieder darauf aufmerksam machen, dass die Beteiligung an kriegerischen Handlungen nicht effektiv ist, moralisch verwerflich ist und sich gerade Deutschland aufgrund seiner Geschichte verbietet.

Natürlich sollte sich die deutsche Außenpolitik dafür einsetzen, dass auch die Regierungen anderer Staaten Friedenspolitik betreiben, anstatt aufzurüsten. Auch sollte Deutschland für das Fernziel eines Gewaltmonopols in den Händen der UN arbeiten, die dafür jedoch von allen Staaten akzeptiert werden müsste und sicherlich kein Vetorecht einzelner Mitglieder im Sicherheitsrat zulassen kann.

Doch ganz konkret gibt es drei Dinge, die Deutschland praktisch sofort und eigenverantwortlich umsetzen kann und muss:

Das ist das

- Beenden der Auslandseinsätze der Bundeswehr,
- Die Ächtung der Atomwaffen wie bereits 123 Staaten es getan haben und
- das Beenden von Rüstungsexporten.

Als drittgrößter Exporteur von Pistolen und Gewehren sowie viertgrößter Exporteur von Kriegsgeräten wie Panzern, Kriegsschiffen und -flugzeugen weltweit ermöglichen deutsche Unternehmen tagtäglich die Tötung unzähliger Menschen auf der ganzen Welt - auch ohne dass die Bundeswehr dort im Einsatz wäre. Das muss ein Ende haben. Denn damit gehen Tod und Krieg von Deutschland aus.

Deshalb fordern wir

- das Ende der Exporte von Rüstungsgütern und Waffen an kriegführende und menschenrechtsverletzende Staaten,
- ein Exportverbot für Munition und Kleinwaffen,
- ein Ende der staatlichen Finanz-Bürgschaften für die Absicherung von Rüstungsexporten und
- dass keine Lizenzen zum Nachbau deutscher Rüstungsgüter im Ausland vergeben werden.

Die Rüstungsindustrie muss im Sinne einer Rüstungskonversion in eine sinnvolle, nachhaltige und zivile Fertigung umgebaut werden.

Diese Forderungen stehen auf dem Papier, das im Staffelstab der Aktion "Frieden geht!" steckt. Der Staffelstab wird seit Pfingstmontag durch unser Land getragen. Gestartet in Oberndorf am Neckar, wo Heckler & Koch Pistolen und Gewehre baut, wird er heute Abend Kassel erreichen, wo unter anderem Krauß-Maffei Wegmann Panzer baut. In der kommenden Woche wird der Staffelstab von vielen weiteren Sportlern weiter nach Berlin getragen, um dort am kommenden Samstag, dem 2. Juni im Rahmen einer großen Demonstration symbolisch unsere Forderungen an die Regierung zu übergeben.

Wir wünschen den Sportlern und den Organisatoren eine gute Weiterreise nach Berlin und hoffen, dass viele Menschen an der Strecke und in der ganzen Republik sich uns anschließen, damit unsere Forderungen gehört werden und die Welt und unser Land friedlicher werden können.

Lucas Sichardt
Friedensinitiative Hersfeld-Rotenburg